MARKT

Mittwoch, 4. April 2012

Neue Bürgerinitiative will nichts unversucht lassen

Neuwahlen sollen für Neuordnung in Boltenhagen sorgen

Boltenhagen (pki). Im Rahmen einer Einwohnerversammlung vom 21. März 2012 im Ostseebad Boltenhagen meldete sich eine Initiative zu Wort, die die Neuwahl der Gemeindevertreter per Bürgerentscheid organisieren will. Nachdem nun bereits die erforderlichen Unterschriften gesammelt wurden, gab es Post vom Landratsamt.

In diesem Schreiben wurden Bürgermeister Olaf Claus und die amtierende Leitende Verwaltungsbeamtin Maria Schultz darüber informiert, dass eine Neuwahl der Gemeindevertretung an verschiedene Bedingungen gebunden ist. Die Kommunalverfassung ermöglicht dem Innenminister die Auflösung einer Gemeindevertretung, wenn diese dauerhaft beschlussunfähig ist. Diese Beschlussunfähigkeit kommt hier jedoch nicht zur Anwendung, da bisher immer ausreichend Gemeindevertreter zur Sitzung anwesend sind.

Eine zweite Möglichkeit wäre die so genannte ‚Selbstauflösung' einer Gemeindevertretung. Dazu müssten jedoch alle Gemeindevertreter ihr Mandat zurückgeben und alle zur Gemeindewahl 2009 angetretenen und gewählten Ersatzbewerber ebenfalls auf ihren Sitz in der Gemeindevertretung verzichten.

Müsste demnach ein Bürgerentscheid abgelehnt werden? Wie der MARKT von den Initiatoren der Initiative erfuhr, richtet sich das Bürgerbegehren gegen einen Beschluss der Gemeindevertretung vom 23. Februar 2012. Die Fraktion ‚Bürger für Boltenhagen' (BfB) hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres einen Antrag auf Neuwahlen zur Gemeindevertretung gestellt, weil die Gemeindevertretung eine „innerliche Zerrissenheit" zeigen würde. Trotz eines Mehrheitsbeschlusses zur Aufhebung der Amtsfreiheit wurde später eine Klage gegen diese Einamtung einstimmig beschlossen.

Die Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gemeindevertretern und dem Bürgermeister haben sich zwischenzeitlich schon auf das Amt Klützer Winkel ausgedehnt. Monatelang konnte kein 1. Stellvertretender Bürgermeister gewählt werden. Nachdem der vorherige Stellvertreter wieder gewählt wurde, enthob er den Bürgermeister gleich wieder seines Amtes. Die öffentlichen Streitigkeiten führen mittlerweile weit über die Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus zu einem schlechten Bild des Ostseebades Boltenhagen in der Öffentlichkeit.

Die BfB-Fraktionsvorsitzende Erika Werner verband den Antrag mit der Bitte an alle Gemeindevertreter um Zustimmung, da eine neu gewählte Gemeindevertretung, gemeinsam mit dem neu gewählten Bürgermeister, die Gemeinde Boltenhagen in ihrer Entwicklung voran bringen kann.

„Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde sehen dies vermutlich ebenso, denn sonst würden sie einen solchen Bürgerentscheid nicht unterstützen. Es muss unbedingt wieder Sachlichkeit und Ruhe einkehren und wenn es nur mit einer Selbstauflösung der Gemeindevertretung geht, dann muss dieser Weg beschritten werden", sagte Hartmut Okken vom Vorstand des Bürgerforums Boltenhagen.



Bereits seit Monaten ruft Erika Werner vehement dazu auf, in Boltenhagen endlich Ruhe einkehren zu lassen und die Gemeinde in ihrer Entwicklung endlich wieder voranzubringen: Erika Werner, die Vorsitzende der BfB-Fraktion. Foto: hgl

Leserbriefe

Nichts ist unmöglich in Boltenhagen

Swen Bertram aus Boltenhagen schrieb am 1.4.2012 an MARKT Wismar.

In der OZ-Ausgabe vom 31.3.2012 war zu lesen, dass die Kurbetriebsleiterin Claudia Hörl sich am 29.3.2012, mit Bürgermeister Claus und den Gemeindevertretern getroffen und über die Wasserqualität und über das Problem Strand gesprochen hat. Sie hat, so war zu lesen, auszugsweise aus einem Gutachten von Dr.Peter Fröhle vorgetragen. Weiterhin hat sie angekündigt, dass am 4.April während der Sitzung des Kurbetriebsausschusses die Untersuchungsergebnisse mitgeteilt werden.

Olaf Claus war, während er nach Aussagen der OZ mit anderen Gemeindevertretern von Frau Hörl über das Strandproblem und die Wasserqualität Boltenhagens informiert wurde, in Wismar und unter anderem mit dem Kreistagpräsidenten einen Pressetermin wahrgenommen. Wie kann das sein, zur gleichen Zeit an zwei Orten?

Das geht! Aber nur, wenn, wie offenbar geschehen, die OZ-Redaktion einen Beitrag ungeprüft veröffentlicht und nicht zu Ende recherchiert. Ob die OZ-Redaktion das richtig stellt?

Was lernen wir daraus? Man kann und soll nicht alles glauben, was eine Zeitung mitzuteilen hat.

So weit so gut. Und nun, warum in Boltenhagen nichts unmöglich ist! Mit einem Schreiben vom 24.3.2012 hat der Boltenhagener CDU-Fraktionsvorsitzende Hans Otto Schmiedeberg beantragt, die … „Leiterin des Eigenbetriebes der Kurverwaltung Ostseebad Boltenhagen wird … nachdem das Gutachten zur Untersuchung des … Strandes … vorliegt, … beauftragt, … schnelle Abhilfe zu leisten…"

Am 28.3.2012 teilt die Kurbetriebsleiterin dem Bürgermeister Olaf Claus anlässlich der Sitzung des Hauptausschusses im Kurhaus Boltenhagens auf Anfrage mit, dass das Gutachten noch nicht vorliegen würde. Mitglieder dieses Ausschusses sind auch die Gemeindevertreter Hans Otto Schmiedeberg, Christian Schmiedeberg und Uwe Dunkelmann.

Die CDU-Fraktionsmitglieder können nicht bestreiten, dass sie am 28.3.2012 noch nichts von dem vorliegenden Gutachten des Dr. Peter Fröhle gewusst haben. Schließlich hat die CDU-Fraktion bereits am 24.03.2012 mit Verweis und unter Berufung auf dieses Gutachten einen Antrag für die nächste Gemeindevertretersitzung gestellt.

Ich möchte hier die Aussagen von der Kurbetriebsleiterin nicht bewerten. Das Verhalten und der Umgang mit dem Bürgermeister spricht für sich. Zum Demokratieverständnis der CDU-Boltenhagens muss hier auch nichts weiter kommentiert werden. Sollte man auch nicht, weil kritische Bürger von Rechtsanwälten im Auftrag von einzelnen Gemeindevertretern kostenpflichtig mit Unterlassungsabmahnungen belangt werden.